

ADMINISTRATION. Die administrative Belastung der KMU-Betriebe in der Schweiz durch staatliche Auflagen und Gesetze verursacht Kosten von mehr als 50 Milliarden Franken. Auch Schreinerbetriebe leiden unter der staatlichen Bürokratie – neben anderen Auflagen.

Mit dem Papierkrieg auf dem Holzweg



Arbeitsschutz, Sozialversicherung, Mehrwertsteuer: Der administrative Aufwand ist vor allem für kleinere Schreinereien und holznahe Betriebe eine Herausforderung.

Bild: M & S Fotodesign, fotolia.com

bar gezwungen, sich diesen Regelungen anzuschliessen. Immer mehr müssten auch Normen aus der EU übernommen werden, wie der VSSM-Präsident feststellt.

Über 50 Milliarden Franken

Viele kleine und mittlere Unternehmen stehen mit den Formularen von Behörden und anderen Organisationen auf Kriegsfuss. Eine im Auftrag des Schweizerischen Gewerbeverbandes von der KPMG Deutschland durchgeführte «Studie zur Messung der Regulierungskosten» in den Themengebieten Arbeitsrecht, Sozialversicherungen und Lebensmittelhygiene hat zu alarmierenden Resultaten geführt. Allein in diesen drei Bereichen belaufen sich die von den Schweizer KMU zu bezahlenden Regulierungskosten auf vier Milliarden Franken. Aufgrund von Hochrechnungen geht der SGV davon aus, dass die durch Gesetze und Verordnungen verursachten Regulierungskosten in der Schweiz insgesamt über 50 Milliarden Franken betragen. «Die Ergebnisse belegen eindrücklich, dass ein reines Abstellen auf die Informationskosten der Regulierungen, wie es bislang getan wurde, zu nicht vollständigen Schlussfolgerungen führt. Vielmehr sind zwingend alle Regulierungskosten, wie sie eingangs systematisch dargestellt wurden, aus Sicht eines KMU zu betrachten. Erst diese Gesamtbetrachtung verdeutlicht, welche Gesamtbelastungen KMU zu tragen haben», heisst es in der KPMG-Studie.

Welche Themen belasten die KMU?

Im Bereich Arbeitsschutz etwa bieten die Komplexität und der Umfang der gesetzlichen Grundlagen Anlass zu Kritik. Die einzelnen rechtlichen Grundlagen sind den Unternehmen im Detail aber häufig nicht bekannt. Bei den Sozialversicherungen konnten im Vergleich zu früheren Untersuchungen trotz weiterhin hoher finanzieller Belastungen Fortschritte beim administrativen Aufwand festgestellt werden. Vor allem die Effekte der Einführung automatisierter

Personalabrechnungsprogramme, die alle erforderlichen Berechnungen durchführen, scheinen zu greifen.

Allerdings sind die Komplexität der Regelungen und die sich häufig ändernden Bestimmungen für einen Unternehmer nicht mehr selbständig umsetz- und nachvollziehbar. Dort, wo indes klare Standards und Kriterien vorhanden sind sowie der Prozess klar definiert ist, wird die Belastung laut der Studie am wenigsten stark empfunden, wie das Beispiel der «Abrechnung der Sozialversicherungen» zeige. Die Regulierung werde an sich dann von den KMU akzeptiert, wenn sie zweckmässig ausgestaltet, verständlich formuliert und ohne kostenpflichtigen Beizug von externen Experten möglich sei.

Im Rahmen der Interviews habe sich auch gezeigt, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer die Verantwortung für ihre Mitarbeitenden und ihre Kunden ernst nehmen und keine grundsätzliche Abschaffung der meisten Regelungen fordern, wohl aber eine sinnvolle Anpassung von unzumutbaren gesetzlichen Regelungen sowie den Abbau von Unsicherheiten insbesondere im Bereich der Kleinst-, Klein- und mittelgrossen Unternehmen. «Abschliessend bleibt festzuhalten, dass sich die Unternehmer im KMU-Bereich immer stärker administrativen Aufgaben zuwenden oder diese Aufgaben an externe Dienstleister mit entsprechenden Zusatzkosten auslagern müssen», so die Autoren der KPMG-Studie.

Zunahme von EU-Gesetzen

In manchen Fällen sei die Schweiz gezwungen – direkt oder indirekt –, Gesetzgebungen aus der EU zu übernehmen, erklärt Christoph Müller, Professor am KMU-Institut der Universität St. Gallen. «Dieser Umstand spielt bei der Zunahme der administrativen Belastungen für KMU eine wichtige Rolle.» Hinzu kommen zum Beispiel Forderungen bezüglich der Dokumentationspflichten von Firmen oder neue Regulierungsvorschriften im Lebensmittelgesetz. Auch die Mehrwertsteuer mit ihren uneinheitlichen Steuersätzen erhöhe den administrativen Aufwand der Wirtschaft. «Je kleiner eine Firma, desto grösser fallen in Relation zur Anzahl Mitarbeiter die Kosten aus», so Christoph Müller. Zum einen führen diese Arbeiten zu einem höheren Personal- und Zeitaufwand, zum anderen halten sie vor allem in KMU-Betrieben die Geschäfts-



Soll die Administration ausgelagert werden, wenn der Aktenberg zu gross wird?

Bild: Victoria P., fotolia.com

fürer von ihrem Kerngeschäft ab. «Sie würden ihre Zeit lieber in die Entwicklung von Innovationen sowie für die Kunden investieren.»

Die meisten Betriebe versuchen, es allen Ämtern recht zu machen und die Vorschriften einzuhalten. Je nach Kumulation der administrativen Auflagen kommt es laut Christoph Müller manchmal aber auch zu einer Verlagerung gewisser Firmenteile ins Ausland. Oder gewisse regulatorische Arbeiten können gar nicht mehr hundertprozentig nach Vorschrift ausgeführt werden, weil man sie nicht mehr versteht.

SGV kämpft gegen Papierkrieg

In der Bundesverfassung ist die Überprüfung der Wirksamkeit der Massnahmen des Bundes verankert (Art. 170 BV). Trotzdem müsse seit Jahren ein beunruhigender Anstieg der administrativen Belastung aufgrund von neuen Reglementierungen der öffentlichen Hand auf Bundes- und Kantons-ebene festgestellt werden, kritisiert der SGV. Dieser hat sich in den letzten Jahren immer wieder für eine Vereinfachung der Gesetze und eine Reduktion des Papierkriegs eingesetzt. Mit Erfolg: Die Hauptabteilung Mehrwertsteuer der Eidgenössischen Steuerverwaltung etwa hat laut SGV «ihre rigide Kontrollpraxis normalisiert». Wegen der Intervention des SGV wurde die Ekas-Richtlinie über den Beizug von Arbeitsplätzen und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit massgeblich entschärft. Beim Lohnausweis konnten im Vergleich zur ersten Version «schikanöse Vorschrif-

ten» abgeschwächt oder gar fallengelassen werden. Gemäss einer Studie der KPMG wird die administrative Entlastung durch das neue Formular für die Schweizer Unternehmen auf 11,7 Millionen Franken pro Jahr beziffert. In seinen politischen Forderungen verlangt der SGV unter anderem eine Reduktion der Regulierungskosten um netto 20 Prozent beziehungsweise um zehn Milliarden Franken bis 2018. Weiter soll eine verwaltungsunabhängige KMU-Regulierungsinstanz eingeführt werden. «Die Politik ist nun aufgefordert, sich von ihren Lippenbekenntnissen zugunsten der KMU zu verabschieden und den schönen Worten endlich Taten folgen zu lassen», fordert SGV-Direktor Hans-Ulrich Bigler. Für Christoph Müller sind die Regulierungskosten auch ein Standortfaktor für neue Firmen aus dem Ausland.

Schwacher Trost aus der EU

Es sei für ihn ein schwacher Trost, dass im benachbarten Ausland die KMU noch stärker von der Regulierungsdichte betroffen sind als wir selber, konstatiert Ruedi Lustenberger. Jedes Jahr werde er an der Dreiländertagung der Schreinerverbände von den deutschen und österreichischen Kollegen getröstet mit den Worten: «Ihr Schweizer habt es noch gut, weil ihr das EU-Bürokratieregime aus Brüssel viel weniger zu spüren bekommt als wir.»

FM

→ www.kmu.unisg.ch

→ www.sgv-usam.ch

→ www.kpmg.com

Alle reden von weniger Bürokratie für KMU. Dass jetzt ausgerechnet der Holzbranche – die zu einem Grossteil aus kleinen und mittleren Unternehmen besteht – mit der Deklarationspflicht per 1. Januar 2012 noch mehr administrative Belastungen auferlegt werden, ärgert Ruedi Lustenberger, Präsident des VSSM, Schreinermeister und Nationalrat, besonders.

Aktenberge statt Kerngeschäft

Wie hoch die zusätzlichen Belastungen für jeden einzelnen Betrieb durch dieses Gesetz sein werden, ist derzeit noch offen. «Dass dadurch für uns ein Mehraufwand entstehen wird, steht auf jeden Fall fest», bedauert Ruedi Lustenberger, der sich im VSSM, aber auch im Vorstand des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV) für den Abbau von Bürokratie stark macht. Als

grösste administrative Beanspruchung bezeichnet Ruedi Lustenberger die Aufwendungen für das Fiskalwesen. «Besonders für kleinere Betriebe bringen die Vorschriften für Buchhaltung, Aktenaufbewahrung und Mehrwertsteuerabrechnungen eine bürokratische Negativwertschöpfung mit sich. Betriebe in unserer Grösse haben keine eigenen Abteilungen, die solche Arbeiten übernehmen. Folglich muss sich der Geschäftsführer selbst damit auseinandersetzen, anstatt sich um betriebswirtschaftliche oder fachspezifische Fragen seines Unternehmens zu kümmern.»

Neben den staatlichen Regula-tionsauflagen machen laut Ruedi Lustenberger der Holzbranche vor allem die zunehmenden Normierungen und Zertifizierungen zu schaffen. Auf Druck von Planern und Architekten sehen sich Holzbaubetriebe offen-